

ten Forderungen auf, die Lage der "politischen Gefangenen" in Verhandlungen mit der DDR-Regierung zur Sprache zu bringen, den Abschluß weiterer Verträge mit der DDR-Regierung von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig zu machen, die DDR auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid wegen der Nichteinhaltung von Menschenrechten zu verurteilen und anderes mehr. Diese Forderungen wurden im Vorfeld des Treffens des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatesrates, Genossen Erich Honecker, mit dem damaligen Bundeskanzler der BRD Helmut Schmidt im Dezember 1981 eskaliert. Sie entsprachen den grundsätzlichen Positionen der Rechtsparteien der BRD und sollten zur politischen Erpressung der DDR genutzt werden.

Auf der Grundlage der von der revanchistischen These eines alleinigen Rechtsfolgestaates des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 hergeleiteten Verantwortlichkeit der BRD "für alle Deutschen" sowie einer von der Mitgliedschaft der BRD zur UNO unzulässigerweise abgeleiteten sogenannten Aufsichtspflicht gegenüber der DDR bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte und verbunden mit ständigen Hinweisen auf die "Forderungen der Öffentlichkeit" sowie auf sogenannte "Hilfeverlangen" von DDR-Bürgern maßen sich Regierungsstellen der BRD an, über innerstaatliche Angelegenheiten der DDR zu befinden und gegenüber der Regierung der DDR Forderungen hinsichtlich der Änderung von innerstaatlichen Rechtsnormen, unter anderem zur Gestaltung des Untersuchungshaftvollzuges, zu erheben. So stellten während der Sitzung des Bundestages der BRD am 23. 2. 1981 mehrere Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion unter der Überschrift "Politische Häftlinge in Haftanstalten der DDR" den Antrag:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert,

a) die Situation der politischen Häftlinge in den Haftanstalten der DDR einschließlich ihrer Beurteilung aus der Sicht der auch für die DDR geltenden menschenrechtlichen Vertragsbestimmungen dem Deutschen Bundestag mit einem detaillierten Bericht zur Kenntnis zu bringen,

b) in unmittelbaren Gesprächen mit der DDR-Regierung und auf andere geeignete Weise auf eine Humanisierung der Haftbedingungen der politischen Häftlinge mit dem Ziel der Einhaltung der auch für die DDR geltenden Menschenrechtsnormen hinzuwirken."